

## NEWSLETTER

### “SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC in Kooperation mit SIPPO und SOFI

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Wöchentliche Herausgabe seit 1998

www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

Seiten: 8 Datum: 30.05.2006

## WIRTSCHAFT

### Die SwissCham Generalversammlung tagte in Budapest Wirtschaftsförderer erwarten eine Neuausrichtung



(Wü) Unter ihrem Präsidenten Jürg Schveri, (Hier links im Bild neben dem ungarischen Wirtschaftsminister) Leiter der Handelskammer Schweiz/Österreich, tagte die diesjährige Generalversammlung der SwissCham, Dachorganisation der Schweizer Aussenhandelskammern am vergangenen Freitag und Samstag in Budapest. Diesmal war die HK Schweiz/Ungarn unter ihrem Präsidenten Istvan Béres und deren Geschäftsführerin Csilla Halasz organisierende Gastgeberin. Im vorigen Jahr hatte man sich in Lugano



getroffen, ein Jahr zuvor wirkte die SBCC als Gastgeberin in Tallinn. Der ungarische Kammerpräsident und der ungarische stellvertretende Staatssekretär im ungarische Wirtschaftsministerium Abel Garamhegyi, hielten die Begrüssungsansprache im Marriott Hotel am malerischen Ufer der Donau.

Diesmal waren 21 Mitgliedsammern und 69 Teilnehmende anwesend. Die Kammervorteiler aus den europäischen Ländern und aus Übersee wie Australien, Argentinien, Peru, Brasilien,

Südafrika, Marokko, Indien, China sowie die Kammer Schweiz/USA nach Ungarn gekommen um zu erfahren, was sich in der schweizerischen Wirtschaftsförderung tut. Der neue Präsident der HK Schweiz/USA, Martin Naville, beschrieb den bei der Osec aktiven pool of Experts, was Stephan Oetiker in einem Referat unter dem Titel „Neuigkeiten innerhalb der Osec Beratung, den Messen und der dritten Trägerschaft“ versuchte zu ergänzen.

Es waren denn auch einige Prominente Persönlichkeiten aus diesem Metier in die ungarische Hauptstadt gekommen. Gespannt wartete man auf den Vortrag von Staatssekretär Jean-Daniel Gerber, Chef des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO) und denjenigen des Verwaltungsratspräsidenten der Osec business network Switzerland, Rolf Jeker. Neben zahlreichen Referenten von Akteuren aus dem Wirkungsfeld in der Schweiz und ausserhalb, stachen die Gastvorträge des Direktors der kantonalen Handelskammer Lukas Briner und Andreas Oplatka, hervor. Lukas Briner berichtete aus der jahrzehntelangen Arbeit der Zürcher Kammer und deren Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und offiziellen Stellen.



SECO- Chef Jean Daniel Gerber lieferte eine Analyse über die inzwischen wieder anziehende Schweizerische Exportwirtschaft und ihr Engagement in den Mitteleuropäischen Staaten und wies vor allem auf die geplante Neuausrichtung der bundesfinanzierten Schweizerischen Wirtschaftsförderungsinstrumente Osec, SIPPO „Swiss Import Promotion Programme“ und SOFI „Swiss Organisation for Facilitating Investments“ zum Jahr 2008 hin. Das Parlament hätte der Verwaltung einen entsprechenden Auftrag erteilt,

wonach die drei Organisationen unter einer Leitung Kosten sparend im Hinblick auf bessere Synergieeffekte ab 2008 unter einer Gesellschaft zusammengefasst werden sollten. Der Ständerat hätte dies jedoch noch nicht genehmigt. Derzeit bewege man sich noch in einer Phase der Unsicherheit. Was im Einzelnen zu geschehen habe müsste noch erarbeitet werden. Auch die Organisationen, Schweiz Tourismus, Location Switzerland und Präsenz Schweiz, sollen in einer Gesellschaft zusammengefasst und unter einem Dach agieren. Zum geplanten Referendum in Sachen Kohäsionsbeitrag für die zehn neuen EU- Mitglieder sprach der SECO- Chef allerdings die Befürchtung aus, das Volk könnte die mit Brüssel ausgehandelte Vereinbarung über diesen 1 Mrd. Frankenbeitrag mit einer Laufzeit von 10 Jahre ablehnen, was der Schweiz dann einen Imageschaden bereiten könnte.



Kontrovers wurde es, als Roger Unterberger, (Links) langjähriger Präsident der HK Schweiz Mitteleuropa (SEC) die Frage aufwarf, wieso es sein könne, dass die bundesfinanzierte Organisation Osec bisher nicht bereit gewesen sei, ihr Verhältnis zur privatwirtschaftlich aktiven SEC klar zu stellen. Osec Präsident Rolf Jeker (Rechts) versprach, dass diese Frage



innert Kürze beantwortet werde, schliesslich gelte das „Subsidiaritätsprinzip“, dass also der Staat dort, wo private Anbieter in der Wirtschaftsförderung aktiv sind, sich zurückzunehmen habe.

Der Schweizer Botschafter in Ungarn, Marc-André Salamin, (Hier rechts im Bild) sprach eindrücklich über die Bedeutung von Mitteleuropa für die Schweiz seit der Wende. Erst jetzt werde deutlich, wie die Staaten Mitteleuropas, denen die Stimme während der Sowjetherrschaft weitgehend versagt blieb, in ihrer heutigen Vielfalt eine Bereicherung der europäischen Kulturen sind, war zu erfahren. Wir werden bei Gelegenheit dieses Referat in einem separaten Attachment vorlegen.



NZZ- Redaktor Oplatka (links) schilderte anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes in äusserst eindrücklicher Weise die Ereignisse jener Tage und der darauf folgenden Jahre. Oplatka, gebürtiger Ungar, lebte zu der Zeit in Budapest und erlebte die Ereignisse aus der Perspektive eines 14 jährigen Jugendlichen.

Andreas Oplatka, der auch mit seinem Buch unter dem Titel „Lennart Meri, ein Leben für Estland“ hervorgetreten war, berichtete darüber, wie aus einer friedlichen Demonstration ein Blutbad erwuchs, nachdem die Sowjets eine Marionettenregierung installiert hatten die dann den Kreml um „brüderliche Hilfe“ ersuchte um schliesslich mit grösster Brutalität gegen das ungarische Volk vorzugehen. Er beschrieb das Verhalten der Schweizer Bevölkerung und würdigte deren spontane Solidarität, welche die Schweizer Bevölkerung damals mit dem ungarischen Volk bekundete und zahlreiche Flüchtlinge aufnahm. Er war selber war schliesslich als Flüchtling in die Schweiz gekommen und begann dort seine Berufskarriere.

Anlässlich eines Gala Dinners auf dem Budapester Schlossberg hielt der neue ungarische Wirtschaftsminister Janos Kóka von der liberalen Partei in seiner Ansprache fest, dass Ungarn dabei sei, sich vom Image eines Billiglohnlandes zu verabschieden und dabei sei sich zu einem normalen europäischen Wirtschaftsstandort zu entwickeln, was die derzeitigen Wachstumsraten deutlich machten. Der Minister, Gerademahl 3 Stunden im Amt, hatte sich die Zeit genommen sich mit den Schweizern zu treffen, um seine Wertschätzung gegenüber der Schweizer Wirtschaft, die einer der bedeutendsten Handelspartner sei zum Ausdruck zu bringen.

Bald werden die neuen Züge der Schweizer Firma Stadler auf Ungarns Schienennetz verkehren, war von Stadler Verkaufsleiter Peter Jenelten, der inzwischen auch Präsident der HK Schweiz Mitteleuropa ist, zu vernehmen.

Am Samstag wurden schliesslich noch die üblichen Geschäfte einer GV abgewickelt und neue Mitglieder bestätigt. Der Jahresbericht, das Sitzungsprotokoll aus dem vorigen Jahr, die Jahressrechnung und das Budget wurden einstimmig verabschiedet und auch die Neuwahl des zweiten Revisors, Sushil Premchand, welcher Martin Eggenschwiler ersetzt. Ansonsten waren keine Neuwahlen erforderlich. Walter Diggelmann, der ehemalige Präsident der HK- Schweiz USA bleibt Hauptrevisor.

Die SwissCham verfügt derzeit über 50 Mitgliedkammern. Sieben neue Mitglieder wurden bestätigt. (Fotos Dorit Probst-Sallis, Jane Achermann, Jürg Würtenberg)

## **Premierminister Brazauskas schliesst die Nationalisierung der Mazeikiu Ölraffinerie nicht aus**



Der Litauische Premierminister Algirdas Brazauskas sagte am Montag, dass die Regierung eventuell einen Gesetzesentwurf vorschlägt, der die Nationalisierung der Mazeikiu Nafta vorsieht. Die Ölraffinerie ist heute unter der Kontrolle der in Schwierigkeiten steckenden russischen Firma Yukos. Brazauskas zitierte den zurzeit in Russland weilenden Wirtschaftsminister Kestutis Dauksys, der sagte, dass Russland seine Politik weiterverfolgen werde. Auf einem Treffen zwischen dem Litauischen Wirtschaftsminister und dem Russischen Vize-Premierminister Dmitry Medvedev sagte Medvedev, dass die Interessen der russischen Gläubiger für Russland prioritär seien. Der Verkauf des litauischen Ölkomplexes werde aber im Einklang mit den

Marktmechanismen laufen.

Der Litauische Staatspräsident Valdas Adamkus sagte, dass die Nationalisierung der Ölraffinerie Mazeikiu Nafta nur als eine „ausserordentliche Massnahme“ in Frage kommen könnte. "Es ist eine ausserordentliche Massnahme, wenn Litauen keine bessere Option mehr hat. Ich denke, dass Litauen dann diesen Weg wählen könnte, um seine Interessen zu verteidigen", sagte Adamkus gegenüber den Journalisten am Dienstag. Er fügte hinzu, dass es sich dabei nicht um den besten Weg handle. "Wir müssen alle Möglichkeiten ausnutzen, um unsere Interessen zu verteidigen", sagte Adamkus.

## **Tourismus boomt in Vilnius**



Laut einer Pressemitteilung der Stadtverwaltung von Vilnius ist die Zahl der ausländischen Touristen in Vilnius im letzten Jahr um 1/5 gestiegen und betrug 1,2 Mio. Besucher. Die gestiegene Zahl der Touristen ist vor allem auf den Beitritt Litauens zur EU und auf eine aktive Werbekampagne der litauischen Hauptstadt zurückzuführen. Weitere Gründe sind gute Entwicklungen in der Hotellerie und der Unterhaltungsbranche, die Renovierung der Altstadt und des Stadtzentrums, das kulturelle Leben und die Gastfreundlichkeit der Stadtbewohner. Die Herkunftsländer der Touristen waren meistens Russland und EU-Staaten (Polen, Deutschland, Grossbritannien, Finnland und Italien).

Mit dem Stand Frühjahr 2006 gab es in Vilnius 59 Hotels, 14 Gasthäuser und 4 Motels. Die Gesamtzahl der Zimmer beläuft auf 4000.

## **Brazauskas – der Euro kommt nicht vor 2009**

Der litauische Premierminister Algirdas Brazauskas sagte nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub in Griechenland, dass Litauen den Euro nicht vor 2009 einführen wird. "Es handelt sich um eine sehr ernsthafte Frage. Wir werden sie mit unseren Koalitionspartnern besprechen, uns mit allen Aspekten auseinandersetzen und ein Programm ausarbeiten. Jedes Detail muss gründlich überlegt werden. An 2008 sollten wir nicht mal denken. Litauen kann mit seiner jetzigen Währung, dem Litas, gut leben“, sagte Brazauskas.

Was die Vorbereitung zur Einführung des Euro angeht, so lag Litauen unter den neuen EU-Mitgliedern nach Slowenien auf Platz zwei. Laut ursprünglichen Plänen wollte Litauen den Euro ab dem 1. Januar 2007 einführen. Wegen der Nichteinhaltung des Inflationskriteriums musste Litauen die Euroeinführung verschieben.

## **Kraftstoffimporte aus Russland gehen zurück**

Laut Angaben des Statistischen Amtes Lettlands ist der Anteil der lettischen Benzinimporte aus Litauen in den ersten drei Monaten 2006 zurückgegangen, der Import von Dieselmotorkraftstoff dagegen ist gewachsen. Im ersten Quartal 2006 betrug der Benzinimport aus Litauen 68.415 Mio. Liter, respektive 47% der gesamten Kraftstoffimporte. Vergleichszahlen 2005 - 87,489 Mio. Liter und 80%.

Die Benzinimporte aus Norwegen sind in diesem Jahr deutlich gestiegen und betragen 52% resp. 76.254 Mio. Liter. 2005 - 9.496 Mio. Liter und 9%. Der Benzinimport aus Russland ist im Vergleich zum letzten Jahr 12% gesunken und machte im ersten Quartal 2006 nur 1% aller Kraftstoffimporte aus. Der Hauptimporteur von Dieselmotorkraftstoff ist Belarus. Die Dieselmotorkraftstoffimporte aus Belarus betragen 104,670 Tonnen bzw. 56%.

## **POLITIK**

### **Schengener Vorbereitungen auf gutem Wege**



Der estnische Innenminister Kalle Laanet (s.Photo), der vor kurzem die Süd- und Ostgrenze Estlands besuchte, glaubt, dass Estland bereit ist, im Herbst 2007 dem Schengenerabkommen beizutreten. So die süd-estnische Zeitung „Võrumaa Teataja“. Die Schengen Spezialisten haben vor einigen Wochen die Vorbereitungen Estlands bewertet und das Evaluierungsergebnis war viel versprechend. "Es sieht gut aus. Die Schengen Fachleute meinten, dass wir gute Arbeit geleistet haben", sagte Laanet der Zeitung „Võrumaa Teataja“. Laut Ministers Meinung könnte der Stolperstein eher daran liegen, dass Europa nicht in der Lage ist die gesetzlichen Rahmenbedingungen rechtzeitig auszuarbeiten und die erforderlichen Systeme zu testen. Eine endgültige

Entscheidung, ob Estland dem Schengener Abkommen beitreten wird, soll im Herbst gefallen werden. "Ich glaube, dass es im Oktober oder November klar ist, was weiter geschieht", sagte Minister Laanet. Estland will im Herbst 2007 dem heute aus 15 europäischen Ländern bestehenden Schengener Abkommen beitreten.

### **Estnisch-Russischer Konflikt um ein Sowjetdenkmal in Tallinn**



Estlands Premierminister Andrus Ansip hat am Montag gefordert, das Soldatendenkmal, das "die Okkupation symbolisiert", aus der Stadtmitte von Tallinn zu entfernen und auf einen Friedhof zu verlagern. Am vergangenen Samstag hatten Aktivisten der Nationalen Bewegung Estlands im Zentrum der Hauptstadt gegen das sowjetische Denkmal protestiert. In der Nacht zum Sonntag beschmierten Vandalen das Monument mit blauer und weisser Farbe.

Der Verband der Vereinigungen der russischen Landsleute Estlands ruft die Führung der EU und der Länder der Anti-Hitler-Koalition auf, mit allen nur möglichen diplomatischen Mitteln die konstruktiven politischen Kräfte Estlands bei der Erhaltung dieses Denkmals zu unterstützen. Die Vereinigung appelliert ferner an die Führungen von Estland und Russland, baldigst ein Abkommen über den Status der Kriegsgräber und der Kriegsdenkmäler auf estnischem Territorium zu schliessen.

Eine vor kurzem veröffentlichte Umfrage zeigte, dass die in Estland lebenden Russen und Esten in der Frage über die Entfernung des im Tallinner Stadtzentrum befindlichen Sowjetdenkmals

(Bronze-Soldat) unterschiedlicher Meinung sind. Für die Entfernung des zu Ehren der Roten Armee errichteten Denkmals waren 53% der befragten Esten. 29% der Esten waren überzeugt oder neigten dazu zu meinen, dass das Denkmal an seinem jetzigen Ort bleiben sollte.

Die jeweiligen Ergebnisse unter den russischsprachigen Befragten waren 73% und 16%. Etwa 18% der Esten und 10% der Russen hatten keine eigene Meinung in dieser Frage.

Die Umfrage wurde von der Firma Faktum & Ariko in der letzten Woche durchgeführt. Befragt wurden 400 Personen in ganz Estland.

Die Frage der Entfernung des Denkmals wurde auf Druck der Öffentlichkeit sogar auf der Ebene der nationalen Regierung thematisiert. Die estnische Bevölkerung ist der Meinung, dass das Denkmal ein Symbol der kommunistischen Okkupation sei und deshalb so schnell wie möglich entfernt oder woanders hingestellt werden sollte. Für die russische Bevölkerung wiederum symbolisiert das Denkmal den Sieg gegen den Faschismus. Laut Äusserungen einiger Soziologen sei das Denkmal sogar ein Teil der nationalen Identität der in Estland lebenden Russen. Eins ist klar – es handelt sich um eine äusserst sensible Frage. Eine ungeschickte Lösung kann zu unberechenbaren Entwicklungen in den Beziehungen zwischen den beiden ethnischen Gruppen führen.

### **Litauische Regierungskoalition in Gefahr**



Der litauische Premierminister und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, Algirdas Brazauskas, gab zu, dass er nicht in der Lage ist genau zu sagen, ob die zur Zeit in einer Krise liegende Regierungskoalition zur weiteren Arbeit fähig ist. "Ich kann im Moment nichts sagen. Ich bin nicht bevollmächtigt und habe kein Recht dazu, im Namen aller drei oder vier Parteien zu reden", sagte Brazauskas in einem Interview an den staatlichen Rundfunk. "Eine Koalition existiert immer noch. Eine ähnliche Situation haben wir noch nie erlebt. Die letzte Regierungskoalition

war stabil und gross", fügte Brazauskas hinzu. Laut dem Premierminister hat die heutige Koalition 62 Sitze in dem 141 Sitze starken Parlament. "Wir sind in Minderheit und es stört natürlich die Arbeit des Parlaments und der Regierung. Ich neige dazu zu meinen, dass wir eine Minderheitsregierung sind und die Minderheitsregierungen sind nicht stabil", so Brazauskas. Auf die Frage, ob er den Vorschlag des Oppositionsführers, Andrius Kubilius, über ausserordentliche Parlamentswahlen sein Segnen geben würde, sagte Brazauskas ironisch: "Wenn er dazu fähig ist oder Wahlen organisiert, dann habe ich nichts einzuwenden."

Laut Berichten litauischer Medien hätten die Führungskräfte der grössten Parlamentspartei – Arbeitspartei - während der Verteilung von EU-Mitteln an Geschäftsleute Bestechungsgelder angenommen. Zur Zeit laufen auch Untersuchungen, ob die genannte Partei Gelder vom Russischen Sicherheitsdienst über seine Off-Shore Firmen empfangen hätte Die Vertreter der Koalitionsparteien (Sozialdemokraten und Bauern) haben vor kurzem gesagt, dass die Entwicklungen mit der Arbeitspartei die weitere Zukunft der Koalition beeinflussen könnte. Rechtsvollzugorgane haben bereits einige der Mitglieder der Arbeitspartei befragt und das Hauptquartier der Partei durchsucht.

### **Interpellationsaktion der litauischen Parlamentsopposition**



Die litauischen Mitterechts Oppositionsparteien beabsichtigen eine Interpellation gegen Kultusminister Vladimiras Prudnikovas (s.Photo), der seine Frau und Tochter auf Kosten des Staates auf eine Konzerttour ins

Ausland schickte. Die Vertreter der Konservativen, der Liberalen Bewegung, der Liberalen Zentrumsunion und der Sozialliberalen haben sich auf einem am Dienstag stattgefundenen Treffen über den Wortlaut der Interpellation geeinigt. "Wir diskutierten die Initiative der Liberalen Bewegung und haben eine Unterschriftenaktion gestartet. Der Prozess wird nach den parlamentarischen Vorschriften verlaufen", sagte der Oppositionsführer. Laut dem Gesetz sind Unterschriften von mindestens 1/5 (29 von insgesamt 141) der Parlamentarier für eine Interpellation nötig.

### **Königin Beatrix der Niederlande besuchte Lettland**



Die lettische Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga und Königin Beatrix der Niederlande nahmen gemeinsam an einer am Dienstag in der Lettischen Universität stattgefundenen Vorstellung eines Buches über die Beziehungen zwischen Lettland und Holland teil.

Der holländische Botschafter in Lettland, Robert Schudeboom, sagte, dass die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern viel enger und reicher sind, als allgemein bekannt. „In einigen Jahrhunderten war der holländische Einfluss in dieser Region beträchtlich“, sagte der Botschafter. Botschafter Schudeboom fügte hinzu, dass das Buch die Beziehungen zwischen Lettland und Holland noch weiter verstärkt.

Eine nach der Buchvorstellung gestartete Wanderausstellung zeigt historische Urkunden und weitere Dokumente über die lettisch-holländischen Beziehungen.

Königin Beatrix weilte seit Montag zum Staatsbesuch in Lettland. Der Staatsbesuch endete am Mittwoch mit dem Besuch in der Hafenstadt Liepāja.

### **In Vilnius wird die Zukunft der EU diskutiert**

Am Freitag findet in Vilnius ein Rundtisch zum Thema "Die Zukunft der Europäischen Union und die wichtigsten Herausforderungen Litauens und Europas" statt. Der Rundtisch ist ein Teil der Jahreskonferenz der litauischen Diplomaten. Unter den Teilnehmern der Veranstaltung sind Botschafter, Vertreter der litauischen Behörden, der akademischen Gemeinschaft Litauens, der litauischen Medien und des diplomatischen Korps. Die Teilnehmer des Rundtisches werden über die Zukunft der EU, die Erweiterung der Union und die Auswirkungen auf Litauen diskutieren.

### **Neue Aspekte in der Untersuchung der Ursachen der „Estonia“ Katastrophe**



Der schwedische Fernsehsender TV4 berichtete am Montag, dass Schweden lange Zeit auf den zwischen Estland und Schweden verkehrenden Fährschiffen Militärtechnik beförderte. Die schwedischen Verteidigungskräfte und das schwedische Zollamt hätten sich bereits vor dem Untergang der „Estonia“ im September 1994 über den Transport „geheimer Güter“ geeinigt. Ulf Larsson, Chef der schwedischen Zollbehörde in den Jahren 1988–1998, sagte gegenüber TV4, dass eine geheime Vereinbarung zwischen seiner Behörde und den schwedischen Verteidigungskräften schon 30 Monate vor der Estonia Katastrophe galt. Im Jahre 1992 unterzeichnete Larsson im Namen des schwedischen Zolls ein Abkommen über die

Zolldeklarationen von Gütern mit besonderem Nutzungszweck. Die Militärtechnik wurde unter „Sondergütern“ deklariert.

Die im letzten Jahr von der schwedischen Regierung ins Leben gerufene Kommission wurde mit der Untersuchung der Militärtransporte an Bord des Fährschiffes „Estonia“ beauftragt. Die Kommission kam zum Ergebnis, dass an Bord der Estonia 1994 zwei Transporte von Militärtechnik stattfanden. In der Nacht des Schiffsunterganges seien aber keine „Sondergüter“ an Bord gewesen. Diese Behauptung steht im Gegensatz zur Behauptung während eines Estonia-Symposiums im vergangenen Herbst, wonach sich in der Katastrophennacht geheimes Material aus russischen Beständen an Bord befunden haben soll.

### **Estnische Medien sind frei**

Laut einem Bericht der internationalen Organisation „Freedom House“ sind die estnischen Medien freier, als die von anderen Ost- und Mitteleuropäischen Staaten. Die bereits seit 1980 durchgeführte Studie bewertet die Medienfreiheit der Staaten nach drei Kriterien: juristisches, politisches und wirtschaftliches Umfeld der Medien. Im Jahre 2005 wurde die Liste von den skandinavischen Ländern angeführt, Estland lag auf Platz 17. Im Vergleich zu anderen Staaten der ehemaligen SU und den ehemaligen sozialistischen Ländern in Mitteleuropa ist Estland führend. Es wird gesagt, dass die estnische Regierung Presse- und Meinungsfreiheit respektiert. Die Medienfreiheit in Estland wird auch von der Gesetzgebung gewährleistet. Der Bericht bestätigt die Behauptung der estnischen Zeitungen, wonach diese unabhängig von Regierung und den politischen Parteien arbeiten.

### **Geschichtsbuch sorgt für Unruhe bei litauischen Konservativen**

Die oppositionelle Konservative Partei Litauens will überprüfen, ob das im Herbst erscheinende gemeinsame Buch der litauischen und russischen Historiker über die Sowjetokkupation ein Versuch ist, die Geschichte „neu zu schreiben“. Die Konservativen wurden beunruhigt, nachdem der Litauische Botschafter in Russland, Rimantas Sidlauskas, sagte, dass das Buch den Ansichten beider Länder auf die 1939 – 1940 stattgefundenen Ereignisse zeigt. Für Litauen bedeutet dieses Jahr den Beginn der Sowjetokkupation, für Russland die „freundliche Hilfe“. In einer Pressemitteilung der Partei steht: "Unsere Befürchtungen werden Realität – es gibt Versuche Litauen in eine Diskussion zu reißen, in der es um Themen geht, die für die ganze Welt deutlich sind. Wir haben den Eindruck, dass die litauische Seite Putin's Anweisungen folgt, dass die Geschichte von Wissenschaftlern untersucht werden soll“. Die Konservativen baten Außenminister Antanas Valionis um Erklärung, worin die Rolle des Außenministeriums in dieser Publikation besteht. Minister Valionis sagte in seiner Antwort, dass die Befürchtungen der Konservativen über die Neuinterpretierung der Geschichte unbegründet seien. Er betonte, dass dieses Buch die Möglichkeit öffnet, den russischen Lesern zu zeigen, wie die historischen Entwicklungen in Litauen gesehen werden. "Die Meinung Litauens über den Molotow-Ribbentrop Pakt ist klar und wir haben keinen Grund vor offenen Diskussionen mit Historikern aus Russland oder anderen Ländern Angst zu haben. Wir müssen anstreben, dass die russische Öffentlichkeit einen möglichst guten Zugang zu den Arbeiten der litauischen Historiker hat", sagte Valionis. "Wir müssen die Geschichte nicht mehr untereinander diskutieren. Viel mehr müssen wir versuchen unsere Geschichte in der ganzen Welt bekannt zu machen. Ich bin sicher, dass unsere Historiker die Interessen Litauens völlig verstehen", sagte der Minister abschliessend. Russland hat bis heute geweigert die sowjetische Okkupation in den baltischen Staaten zu beurteilen und vertritt den Standpunkt, dass Estland, Lettland und Litauen freiwillig der Sowjetunion beigetreten sind.